

Protokoll:

Die antragstellenden Fraktionen begründen den Antrag. Frau Bürgermeisterin Mohrs trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0029/2022).

Die antragstellenden Fraktionen sprechen sich gegen die Stellungnahme der Verwaltung aus und möchten über den Antrag abstimmen. Die Einrichtung eines Inklusionsbeirates solle bereits zum jetzigen Zeitpunkt und nicht erst ab der nächsten Ratsperiode 2024 bis 2029 erfolgen. Die Behindertenbeauftragte solle Vorsitzende des Behindertenbeirates werden. Das Büro und die Grundkosten seien hierfür bereits vorhanden, weshalb lediglich zusätzliche Kosten für Sitzungsgelder entstünden. Diese seien im diesjährigen Haushaltsplan bereits eingestellt.

Frau Bürgermeisterin Mohrs weist darauf hin, dass zusätzliche Kosten für einen Inklusionsbeirat (u. a. für eine Verwaltungskraft, Mietkosten, Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigung,...) entstünden. Die zusätzlichen Kosten seien angelehnt an die Kosten des Seniorenbeirates in Höhe von rund 26.500 €. Wenn der Inklusionsbeirat nicht so ausgestattet würde wie die übrigen Beiräte, würden die Kosten geringer ausfallen.

Die CDU-Fraktion meldet Beratungsbedarf an.

Die WGS-Fraktion stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zu.